Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 15,800.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 279. Sonntag den 6. October 1878. 72. Jahrgang.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 9. October a. c., Abends ½7 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Bau- und Finanzausschusses über Unterbringung des Standesamtes im ehemaligen Gellier'schen Hause an der Reichsstraße.
II. Gutachten des Bauausschusses über eine Nachforderung zu dem Budget-Postulat für Unterhaltung des Grundstückes Reichsstraße Nr. 55.
III. Antrag auf Einsetzung einer besonderen Deputation zur Vorberathung der Vorlage über Reform des städtischen Abgabenwesens.
IV. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über a. Herstellung der Beleuchtungsanlagen in der Stephanstraße, der verlängerten Ulrichsgasse und Sternwartenstraße, b. desgl. in der verlängerten Kl. Burggasse und Albertstraße, c. desgl. in der verlängerten Bayerischen, Elisen-, Lößniger und Körnerstraße.
V. Gutachten des Finanz- und Oekonomieausschusses über die Unterstützung der für nächstes Jahr in Aussicht genommenen kunstgewerblichen Ausstellung hier.
VI. Gutachten der Ausschüsse zum Oekonomie-, Bau- und Finanzwesen über a. die Eingabe der Herren Schunig und Gen. wegen Reduction der von ihnen für verschiedene Plätze in der Nordvorstadt gebotenen Preise nach Verhältniß des jetzt sich ergebenden geringeren Flächeninhalts, b. den Verkauf von Bauplätzen an der alten Elster und bez. an der Gustav Adolf-Straße.

Bekanntmachung.

Der Pfostenbelag der Wildfluthbrücke in der Plagwitzer Straße soll erneuert werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt Rathhaus, II. Etage Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Belag der Wildfluthbrücke betr.

versehen ebendaselbst, und zwar

bis zum 9. October lfd. Js. Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 27. September 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat September d. J. das 14½fache von der der Normalwachskerze bei nahezu 0,s specifischem Gewicht.

Leipzig, den 5. October 1878.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung,

das Hausiren zum An- oder Verkauf gebrauchter Kleider, Betten und dergl. betr.

Häufige Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung in §. 56, der Reichs-Gewerbe-Ordnung, nach welcher gebrauchte Kleider, Betten und dergl. vom An- und Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen sind, veranlassen uns, dieses Verbot unter Hinweis darauf in Erinnerung zu bringen, daß das Hausiren zum Zwecke des An- und Verkaufs gebrauchter Kleider, Betten und dergl. **sowohl in den Messen, wie außer denselben** unstatthaft ist, und für jeden Contraventionsfall mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ und in Fällen des Unvermögens mit Haftstrafe bis zu 4 Wochen bestraft wird.

Leipzig, den 26. September 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind
Fräulein **Wilhelmine Schieke**, Sternwartenstraße 22, II. wohnhaft, und
Frau **Marie Auguste Emilie verehel. Schnabel**, Zeitzer Straße 13b, II. wohnhaft,
als Hebammen für unsere Stadt verpflichtet worden.

Leipzig, am 3. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

An Stelle des verstorbenen Herrn Stadtrath **Einhorn** ist heute
Herr Kaufmann **Carl Moritz Alfred Töhlinger**
als unbesoldeter Stadtrath verpflichtet und in sein Amt eingewiesen worden.

Leipzig, am 5. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Herstellung von Mosaikpflaster in der Eutritzscher und Nordstraße ist vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, am 4. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Nicolaigymnasium.

Die für Michaelis d. J. angemeldeten Knaben werden hierdurch aufgefordert, sich **Montag, den 7. October, 8 Uhr**, mit Schreibmaterialien versehen, zur **Aufnahmeprüfung** einzufinden.

Leipzig, den 1. October 1878.

Prof. **Vogel.**

Aus Italien.

Rom, 30. September. In wenigen Tagen werden alle Mitglieder des italienischen Ministeriums wieder hier versammelt sein, um in ernste Berathungen einzutreten. Vor Allem würde es sich darum handeln, die Reden festzustellen, mit welchen die Minister Cairoli und Zanardelli ihren Wählern in Pavia und Iseo den Plan der bevorstehenden parlamentarischen Campagne auseinandersetzen und die seit geraumer Zeit vom Lande verlangte Aufklärung über die vom Ministerium verfolgte orientalische Politik geben werden. Immerhin ist es aber möglich, daß die letzteren Aufklärungen vom Grafen Corti entweder in einer Rede an seine eigenen Wähler oder aber bei dem Banket in Pavia geben werde, welches der Wahlrede des Ministers Cairoli nachfolgen wird. Es ist selbstverständlich, daß Graf Corti alsbald nach dem Zusammentritte der Kammern gleichfalls über die orientalische Politik wiederholt interpellirt werden wird. Die Regierung hält es aber für sicher, daß sie in Angelegenheiten der auswärtigen Politik ein Vertrauensvotum erhalten werde.

Der Ministerrath wird sich auch mit der unter den obwaltenden Verhältnissen sehr wichtigen Frage befassen, ob nicht die finanziellen Reformen, welche der Finanzminister Seismid-Doda vorgeschlagen, und unter diesen die Aufhebung der sehr unpopulären Mahlsteuer, trotzdem diese jährlich 80 Millionen einbringt, zu vertagen seien, um im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit gewisser durch die Orientfrage bedingter Verwickelungen dem Staate die Mittel zur Verstärkung der Armee und Marine nicht zu schmälern. Wenn die Vertagung der Finanzreformen thatsächlich eintritt, so wird sie die einfache Bedeutung haben, daß Italien sich auf beunruhigende Ereignisse im nächsten Frühjahre gefaßt macht, und daß es besorgt, alsdann machtlos und isolirt dazustehen. Diese Bedeutung wird die angedeutete Eventualität allerdings haben, keineswegs aber jene, daß man sich etwa auf einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn gefaßt macht, wie dies Garibaldi wünscht und hofft. Letzterer beabsichtigt, den Winter unter dem Vorwande in Ligurien zuzubringen, daß die Winde von Caprera sein rheumatisches Leiden fördern. In Wirklichkeit kommt er nur in der Absicht auf den Continent, um die Schützen-Bewegung zu leiten. Dieser Intention wird aber der Minister Zanardelli dadurch entgegenwirken, daß er einen Gesetzentwurf in der Kammer einzubringen beabsichtigt, welcher die gesetzliche Regelung des Schützenwesens in Italien zum Zwecke hat. Die Regierung, auch von Rücksichten auf die Nachbarmächte geleitet, will nicht, daß die Schützen-Bewegung ein Werkzeug in den Händen garibaldischer Elemente werde. In diesem Sinne werden sich auch mehrere Minister vor ihren Wählern und im Parlamente aussprechen. Die sicherste Garantie für die friedlichen Intentionen der italienischen Regierung bietet die notorische Thatsache, daß Italien militairisch unfertig dasteht und zur Vervollständigung seines Vertheidigungs-Systems, wie auch zur Reorganisirung seiner Armee und Marine zum Mindesten noch zwei Jahre braucht.

Wie endlich versichert wird, wird der Ministerrath sich auch mit der durch das Schreiben des Papstes an den Cardinal Nina geschaffenen Sachlage eindringlich beschäftigen. Es ist die Bildung einer Deputirten-Gruppe, mit Mancini und Crispi an der Spitze, im Zuge, welche bei dem Wiederzusammentritte des Parlamentes die Beschränkung, wenn nicht die Abschaffung des Garantie-Gesetzes verlangen wird. Motivirt wird dieser eventuelle Vorgang mit dem Hinweise, daß Leo XIII. sich nicht versöhnlicher als Pius IX. zeige und daß er ebenso die Vortheile mißbrauche, welche das Gesetz ihm einräume, ohne die ihm dadurch auferlegten Verpflichtungen erfüllen zu wollen. Dieselbe Deputirten-Gruppe ist der Meinung, daß Italien die katholische Kirche und ihr Oberhaupt dem gemeinen Rechte unterstellen müsse. Mit den Aussichten einer so radicalen Reform in den Kammern sieht es aber keineswegs nach dem Wunsche dieser Herren aus. Das Ministerium selbst, wiewohl zum großen Theile aus Männern bestehend, welche seinerzeit gegen das Garantie-Gesetz gesprochen und gestimmt haben, wird unzweifelhaft den Beschluß fassen, das fragliche Gesetz nicht anzurühren. Jede italienische Regierung, und möge sie aus den radicalsten Elementen bestehen, wird auch aus internationalen Gründen Anstand nehmen, in ihrer Politik gegenüber dem Vatican jene Momente zur Geltung zu bringen, welche der Radicalismus auf der Straße, in der Presse und selbst auf der Tribüne als die der Situation allein entsprechenden predigt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 5. October.

Bezüglich des Socialistengesetzes gehen die Meinungen noch bedenklich auseinander. Ein Privattelegramm meldete uns, die Führer der nationalliberalen Partei würden, allen Consequenzen, selbst einer Reichstagsauflösung zum Trotz, an einer 2½jährigen Frist für die Wirksamkeit des Gesetzes festhalten. Die Regierungen aber würden an dieser Forderung die Vorlage nicht scheitern lassen. Erst die Plenarberathung wird in diesen unsichern Zustand Klarheit bringen können. Wir registriren nachstehend wiederum einige Stimmen, welche die Lage mehr oder minder hoffnungsvoll betrachten. Die „N.-L. C." vom Freitag schreibt:

Die Socialistengesetz-Commission hat heute den sehr umfangreichen Bericht des Abg. v. Schwarze entgegengenommen. Der Druck desselben wird voraussichtlich so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß er nicht vor Sonntag Abend in die Hände der Abgeordneten gelangen kann. Ueber die Aussichten des Gesetzes läßt sich, so lange die Fractionen nicht über die wichtigsten Puncte berathen haben, Bestimmtes nicht sagen. In den Kreisen der zur Zeit hier anwesenden Reichstags-Mitglieder erhält sich die Zuversicht, daß eine Verständigung gelingen werde. Was in einzelnen Blättern über ein von dem Reichskanzler im Gespräch mit hervorragenden Parlamentariern gestelltes Ultimatum verlautet, beruht auf Phantasie. Unrichtig ist auch, daß Graf Eulenburg in der Commission das Gesetz mit 2½jähriger Geltungsdauer für „unannehmbar" erklärt habe. Dieser Ausdruck ist trotz aller Energie, mit welcher der Minister den Termin vom 31. März 1881 zurückwies, nicht gebraucht worden.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg" enthält dagegen eine Berliner Correspondenz, worin es heißt, daß die Aeußerungen des Ministers Grafen Eulenburg innerhalb der Socialistengesetz-Commission von der Presse allzu optimistisch aufgefaßt worden seien, vielleicht wegen der verbindlichen und schonenden Form, in welcher der Minister die Erklärungen abgegeben habe. Die vorhandenen Differenzen dürften nicht unterschätzt werden. Immerhin könne aber die Hoffnung auf ein Zustandekommen des Gesetzes festgehalten werden, obgleich das geringe Entgegenkommen der Commission bei der zweiten Lesung befremdlich sei. Der Schwerpunct falle nicht mehr in die Commission, wie man anfangs erwartet habe. Der entscheidende Moment werde voraussichtlich zwischen der zweiten und dritten Lesung im Plenum eintreten. Die officiöse „N. A. Z." schreibt:

Die zweite Berathung des Socialistengesetzes in der Commission hat von den regierungsseitig in erster Linie erhobenen Forderungen keine erfüllt. Es wird daher den weiteren Berathungen im Plenum vorbehalten bleiben müssen, die nothwendige Annäherung herbeizuführen. Von anderen Puncten ist ein erheblicher seitens der Commission nach den Wünschen der Regierung erledigt worden. Man hat das Erforderniß des zweiten Verbots einer einzelnen Nummer, um die ganze Zeitung zu verbieten, fallen lassen.

Der „Magdeburger Zeitung" wird aus Berlin geschrieben: Ein Compromiß wird betreffs des Gültigkeitstermins vereinbart werden, im Uebrigen aber wird sich schwerlich eine Majorität finden, welche jene in der zweiten Lesung der Commission der Regierung gemachten Zugeständnisse wieder rückgängig macht. Man nimmt hier an, daß die Zahl der Nationalliberalen, die möglicherweise gegen das solchergestalt vereinbarte Gesetz stimmen (vielfach hofft man auch noch, volle Einigkeit der Partei in einer so capitalen politischen Frage zu erzielen), eine ganz verschwindend geringe, die Zahl 6 nicht übersteigende sein wird. Alsdann würde das Gesetz mit einer Mehrheit von ca. 25 bis 30 Stimmen angenommen werden. Gegen dasselbe stimmen geschlossen das Centrum nebst Annexen, sowie die Fortschrittspartei, außerdem die Socialdemokraten, die deutsche Volkspartei und wenige Wilde, endlich die elsässischen Autonomisten, vielleicht mit einer Ausnahme. Man hofft, auch wenn die Debatten im Plenum erst am Mittwoch beginnen, dieselben (2. und 3. Lesung) schon am Sonnabend zu beenden. Dabei rechnet man auf jede Lesung zwei Tage und nimmt an, daß keine Stimme widerspricht, wenn beantragt wird, die von der Geschäftsordnung geforderte Pause zwischen zweiter und dritter Lesung ausfallen zu lassen. Andere zweifeln freilich an einer so raschen Erledigung. Der Abg. Bebel, so verlautet, hat die Absicht, bei der Debatte noch einmal auf die Entgegnung Bismarck's auf seine (Bebel's) erste Rede und des Kanzlers Bemerkungen über Lassalle zurückzukommen. Sonst soll Liebknecht beauftragt sein, in der zweiten Lesung die Sache der Socialdemokraten zu vertheidigen.

Die Nachricht, daß der Kaiser nach dem Inkrafttreten des Socialistengesetzes die Regierung wieder zu übernehmen gedenkt, wird von unterrichteter Seite bestätigt. Selbstverständlich wird es dabei für höchst wahrscheinlich angesehen, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf zu Stande kommt, während im entgegengesetzten Fall über den Termin der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch den Kaiser nichts feststeht. Für den Fall des Zustandekommens des Gesetzentwurfes ist doch der Termin für das Inkrafttreten desselben nicht vor Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats zu setzen, da nach der Erledigung durch den Reichstag, die voraussichtlich bis zum 15. d. M. erfolgt sein wird, der Bundesrath über die Amendements des Reichstags sich schlüssig zu machen hat und sodann die Centralbehörden der Bundesstaaten Ausführungsbestimmungen ausarbeiten müssen, welche besonders die Präcisirung der im Gesetz bezeichneten anordnenden und ausführenden Behörden („Landespolizei-Behörde" und „Polizei-Behörde") zur Aufgabe haben.

Zur Richtigstellung verschiedener über die Erkrankung des General-Feldmarschalls Grafen Moltke verbreiteten Gerüchte geht der „Kreuzztg." aus bester Quelle die Benachrichtigung zu, daß die Krankheit aus der normal verlaufenden leichten Kopfrose besteht. Der Zustand des Patienten ist nie so besorgnißerregend gewesen, daß, wie einzelne Blätter melden, ein zweiter Arzt hinzugezogen werden mußte, sondern Ober-Medicinalrath Wild zu Kassel ist der einzige behandelnde Arzt. Derselbe hat es bis jetzt nicht einen Augenblick für erforderlich gehalten, den für den gegebenen Fall wohl allein in Frage kommenden mehrjährigen und bewährten Berliner Hausarzt des Feldmarschalls, Dr. Fuhrmann, hinzuziehen. Letzterer wird indessen vollkommen über die Krankheit in Kenntniß erhalten. Der Feldmarschall befindet sich, da die Rückreise bis jetzt nicht angetreten werden durfte, in steter Besserung noch immer in der Wohnung des Geh. Commerzienraths Hentschel, seines Quartiergebers vom Königsmanöver her, wo er sich von Seiten der ganzen Familie der allersorgfältigsten wahrhaft behaglichen Pflege erfreut.

* * *

Die durch den Entschluß der Herren Tisza und Collegen für Oesterreich-Ungarn geschaffene Situation hat an Ernst nichts eingebüßt. Die Ministerkrisis ist eine allgemeine geworden. Die „N. Fr. Pr." schreibt:

Wie wir vernehmen, hat das österreichische Ministerium, welches am 3. Juli d. J. seine Demission eingereicht hat, am Donnerstag die kaiserliche Entscheidung über dieses Demissionsgesuch mit der Motivirung erbeten, daß das Cabinet das Budget für den Reichsrath vorzubereiten hätte, jedoch den Standpunct, welcher bezüglich der Bedeckung der für die Occupation erforderlichen Credite vom Grafen Andrassy eingenommen wird, nicht theilen könne. In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Entlassung des Cabinets jetzt erfolgen werde.

Aus Pest meldet der Telegraph vom 4. October: Der Ministerrath beschloß gestern, da Finanzminister Szell auf seine Demission beharrte, nunmehr auch formell und schriftlich seine Resignation einzureichen. Ministerpräsident Tisza wird heute dem Kaiser in Gödöllö persönlich das Demissionsgesuch überreichen. Gleichzeitig wird der Kaiser die schriftliche Demission des gesammten ungarischen Minister-Cabinets, welche im Pester Ministerrath formell beschlossen wurde, entgegen-